

---

**2510/J-BR/2007**

---

**Eingelangt am 13.04.2007**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## Anfrage

der Bundesräte Schimböck, Wiesenegg, Ing. Reinhold Einwallner, Susanne Neuwirth und GenossInnen  
an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend  
betreffend nachteilige Auswirkungen einer Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen

Sie haben am 12. April 2007 über die Medien angekündigt, dass Sie die Zusammenlegung der neun Gebietskrankenkassen planen. Damit sollen Einsparungspotenziale ausgeschöpft werden. Die Gebietskrankenkassen beweisen seit Jahren, dass sie mit ihrer Nähe zu den Versicherten ein hohes Maß an Gesundheitsförderungsmaßnahmen, Prävention und Versorgung im medizinischen Bereich gewährleisten. Die Gebietskrankenkassen Oberösterreich, Tirol, Salzburg und Vorarlberg können langfristig auf eine gute wirtschaftliche Entwicklung verweisen und es ist daher nicht nachvollziehbar, wie durch eine zentrale Strukturierung eine ökonomische Verbesserung erzielt werden soll. Dazu kommt, dass die neun Gebietskrankenkassen bereits in der Vergangenheit eine Reihe von Ressourcen gemeinsam genutzt haben, sodass auch bei der Nutzung von Synergien durch eine Zentralisierung keine schon bekannten oder genutzten Effekte erzielt werden könnten. Was das Leistungsangebot betrifft, dürfte Ihnen bekannt sein, dass es hier weitgehendst bundesgesetzlich einheitliche Regelungen ohnedies bereits gibt.

Die unterzeichneten Bundesräte richten daher an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend nachstehende

### **Anfrage:**

1. In welchen Bereichen sehen Sie bei der Gesundheitsförderung, der Prävention und der medizinischen Versorgung der Versicherten bei der Zusammenlegung von Gebietskrankenkassen ein Einsparungspotenzial?

2. In welcher Betragshöhe können Sie dieses Einsparungspotenzial geordnet nach Gebietskrankenkassen und Bereichen ausdrücken?
3. Welches konkretes Einsparungspotenzial sehen Sie im Einzelfall bei den Gebietskrankenkassen Oberösterreich, Tirol, Vorarlberg und Salzburg?
4. Würden diese Einsparungen zu einer Verschlechterung des Leistungsumfanges für die Versicherten führen?
5. Bert Rürup hat bereits vor einigen Jahren in einer Studie zum Ausdruck gebracht, dass eine zentrale Verwaltung im Gesundheitsbereich nicht kostenminimierend, sondern sogar kostensteigend ist.  
Ist Ihnen diese Studie bekannt?
6. Wenn ja, welche Schlüsse ziehen Sie daraus?